

PRESSEMITTEILUNG

Stellungnahme zur Kritik an der Internationalen Konferenz in Beirut „Die Islamische Welt und Europa“

Vom 17. bis 19. Februar 2004 fand in Beirut eine Konferenz im Rahmen des europäisch-arabischen Dialogs der Friedrich-Ebert-Stiftung statt. Ziel dieser Konferenz war es, die Dialogfähigkeit des politischen Islams auszuloten. Gegen die Konferenz wird nun vereinzelt massive Kritik erhoben. Hauptvorwurf ist dabei, die Friedrich-Ebert-Stiftung habe Mitgliedern von Hizbollah und Hamas ein Podium für antisemitische Propaganda geboten. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

- 1) Der Dialog mit dem Islam muss den politischen Islam einschließen. Ihn zu marginalisieren führt in die Sackgasse. Nur der kritische Dialog – auch mit Vertretern von Positionen, die unserer politischen Haltung grundlegend widersprechen – dient der Strategie, Wandel durch Annäherung zu ermöglichen.
- 2) Kritisiert wurde u.a. die Konferenzteilnahme von Vertretern der schiitischen Bevölkerungsgruppe. Die Schiiten stellen im Libanon eine wichtige gesellschaftliche und politische Kraft dar. Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung zeigen, dass sie in wenigen Jahren die Mehrheit der Bevölkerung stellen werden. Eine ihrer zentralen politischen Organisationen ist die Hizbollah. Sie ist mit acht Sitzen im libanesischen Parlament vertreten.
- 3) Neben der Friedrich-Ebert-Stiftung waren das Deutsche Orient-Institut, das *Centre for the Study of Islam and Christian-Muslim Relations* der Universität Birmingham, das Forschungsinstitut *Consultative Center for Studies and Documentation*, das der Hizbollah nahe steht, sowie die Österreichische Botschaft und die Zeitschriften *Confluences et les éditions l'Harmattan*, Paris und *majallat Al-Ijtihad*, Beirut, Veranstalter der Konferenz. Die breite Trägerschaft der Veranstaltung sowie die Einbindung renommierter europäischer Wissenschaftler (u.a. Francois Burgat, Universität Aix-en-Provence, Volker Perthes, Stiftung Wissenschaft und Politik und Friedemann Büttner, FU Berlin) stellte sicher, dass radikalen Positionen unmissverständlich widersprochen wurde. So hat beispielsweise Dr. Christoph Zöpel MdB die Grundlagen der deutschen Nahost-Politik, die auf der eindeutigen Unterstützung und engagierter Solidarität mit Israel basieren, an prominenter Stelle

klar formuliert. Für seine kompromisslose Verurteilung von Selbstmordattentaten wurde er in den libanesischen Medien heftig kritisiert.

- 4) Israel wird im gesellschaftlichen Diskurs im Libanon einseitig als Aggressor wahrgenommen. Dem gegenüber war es auch zentrales Ziel der Konferenz, Verständnis für die israelische Erfahrung der Bedrohung und legitime Sicherheitsbedürfnisse einzufordern. Gerade im Hinblick auf die Flüchtlingsfrage, die im Libanon eine ganz besondere Brisanz hat, wurde dort vorherrschenden Positionen unmissverständlich widersprochen.

Kontakt: Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika; Edith Tapsoba, Tel. 26935-728